

In einem Boot im Haifischbecken?

Ein Interview mit der Bamberger Abgeordneten Ursula Sowa über eine halbe Legislaturperiode im Bundestag – Vom Erwartungsdruck der BürgerInnen, einem etwas schwerfälligen Koalitionspartner und vielen Ideen für eine neue Kulturpolitik

gaz: Sie sind jetzt zwei Jahre Mitglied im Bundestag. Wie ist es Ihnen im Haifischbecken der großen Politik inzwischen ergangen?

Ursula Sowa: Nach zwölf Jahren Oppositionspolitik im Bamberger Stadtrat, wo regelmäßig alle Anträge von uns abgelehnt wurden, ist es ein tolles Gefühl, gemeinsam mit der SPD die Mehrheit zu haben. Das war neu und ungewohnt für mich. Aber von wegen Haifischbecken. Während in den Medien oft ein harter Ton vorherrscht, geht es hinter den Kulissen sehr höflich und eher freundlich zu

te meine Plenumsreden, bin in den Ausschüssen präsent, gebe meine Pressemitteilungen heraus wie ein alter Hase, bzw. alte Häsin. Es ist richtig, die Medien stürzen sich geradezu auf die Promis. Und bei den Pressemitteilungen ist das ähnlich: Wo ein prominenter Name als Absender drauf steht, haben die Redaktionen automatisch mehr Interesse. Andererseits macht weniger Pressewirbel auch ein Stück weit freier – man kann seiner Arbeit in Ruhe nachgehen. Man muss sich für seinen politischen Bereich einen gewissen Bekanntheitsgrad eben erst

erarbeiten und Kontakte zu den entsprechenden Pressevertretern zusammenzutragen. Das dauert. Gerade im Bereich Kultur, wo ich seit einem Jahr Sprecherin der Grünen in der Enquete-Kom

mission bin und viel Zeit investiere, bemerke ich, dass die Medien auch auf mich zukommen und meinen Standpunkt hören wollen.

gaz: Mal in die andere Richtung gefragt: Wie ist Ihr Verhältnis nach „unten“, also zu den Bürgern und Bürgerinnen und zu der grünen Parteibasis?

Ursula Sowa: (lacht) Ich fühle mich eigentlich selber als Basis, obwohl ich da unter der „Glas-Kuppel“ in Berlin sitze. Die meisten Leute sehen mich hingegen als Stellvertreterin für alles, was

in Berlin geschieht und beschlossen wird, besonders für das, was sie ärgert. Da muss man ganz schön viel Kritik aushalten. Der Kontakt zu den Menschen – ob

grün oder nicht grün – ist mir

druck meinen Sie?

Ursula Sowa: Zum Beispiel ganz einfach die Tatsache, dass ich nicht überall gleichzeitig sein kann. Immerhin bin ich für die Bezirke Ober-, Mittelfranken und Oberpfalz zuständig, weil es von dort keinen eigenen Grünen-MdB gibt. Das ist ein großes Gebiet, mit allein 100 grünen Kreis- und Ortsverbän-

CSU hat es hier schon erheblich einfacher, weil er durch sein Direktmandat nur den Wahlkreis Bamberg/Forchheim betreuen muss.

gaz: Haben Sie es in den letzten zwei Jahren schon mal bereut, in den Bundestag gewählt worden zu sein?

Ursula Sowa: (nachdenklich) Hab ich es bereut? Ein paar mal

mals war aus meiner Sicht richtig, aber sie fiel mir sehr schwer. Ach, und noch etwas, wo ich aus ganz anderen Gründen meine Hand nur mit Mühe heben konnte: Als es um die Zustimmung für die Steinkohlesubventionen in NRW ging – und ganz klar war, dass es politisch unsinnig ist und nur darum ging, die SPD zu stärken. Das war echter Koalitionszwang.

gaz: Wie gestaltet sich denn überhaupt die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner?

Ursula Sowa: Naja, schon ein bisschen schwerfällig, das muss man sagen. Allein schon deshalb schwieriger, weil die SPD eben eine große Volkspartei ist, mit durchaus heterogenen Interessen und auch Interessenverbänden im Hintergrund. Ich merke das z.B. in der Kultur-Enquete-Kommission, wenn etwa bei einem Positionspapier ein SPD-Kollege meint, man müsse die Interessen des Handwerks noch verankern. Da ist dann viel Geduld und Diplomatie gefragt. Aber ich denke, das ist eine meiner Stärken in der Politik.

gaz: Ihr wichtigster Schwerpunkt ist die Kultur. Wie geht's da voran?

Ursula Sowa: Es war schon ein großer persönlicher Erfolg, dass die Enquete-Kommission „Zukunft der Kultur in Deutschland“ eingerichtet und ich von meiner Fraktion als Sprecherin benannt wurde. Die Arbeit in der Kommission geht tatsächlich noch recht unbedacht von der Öffentlichkeit vonstatten, dafür aber umso effektiver. Um vielleicht ein paar Beispiele zu nennen: Wir streben einen Nationalen Aktionsplan für Kultur in Deutschland an, der klare Zielsetzungen für die weitere Entwicklung setzt. In Schottland hat man sich z.B. vorgenommen, in den nächsten Jahren 5% mehr Menschen aus bildungsfernen Schichten mit öffentlichen Kultureinrichtungen zu erreichen.

Manchmal würde ich mir aber umso effektiver. Um vielleicht ein paar Beispiele zu nennen: Wir streben einen Nationalen Aktionsplan für Kultur in Deutschland an, der klare Zielsetzungen für die weitere Entwicklung setzt. In Schottland hat man sich z.B. vorgenommen, in den nächsten Jahren 5% mehr Menschen aus bildungsfernen Schichten mit öffentlichen Kultureinrichtungen zu erreichen. Etwas Ähnliches schwelbt mir für Deutschland auch vor. Eine andere Idee, die mir sehr gefällt, ist eine Interrail-Karte (ich nenne sie mal „culture plus“), die Jugendlichen europaweit freien Zugang zu allen Kultureinrichtungen ermöglicht.

Einer meiner persönlichen Schwerpunkte sind die 30 Weltkulturerbestätten, die es in Deutschland gibt – hier spielt Bamberg für mich natürlich eine große Rolle. Mein Ziel ist ein größeres und vor allem systematischeres finanzielles Engagement des Bundes, ein eigener Haushaltstitel also. Außerdem leite ich eine von drei Arbeitsgruppen der Kommission, die sich mit der sozialen Lage der KünstlerInnen beschäftigt.

Mehr Infos über die politischen Aktivitäten von Ursula Sowa: www.ursula-sowa.de Dort zu bestellen: der zweimonatliche Info-Brief: SOWA TICKER.

„Ich bin als Grüne für Ober-, Mittelfranken und Oberpfalz zuständig – da kann ich leider nicht überall gleichzeitig sein.“

– das ist jedenfalls meine Erfahrung. Irgendwie spürt man sogar ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl – so nach dem Motto: Wir sitzen alle im selben Boot.

gaz: Sie sind eine Grünen-Politikerin, die man nicht dreimal die Woche bei den Tagesthemen sieht, wie etwa Renate Künast, Claudia Roth oder Christine Scheel. Wie ist es, Politik zu machen im Schatten der großen grünen Prominenz?

Ursula Sowa: Ich fühle mich als Teil des grünen Teams – hal-



Ursula Sowa auch im Wahlkreis aktiv: Hier beim Treibhausgespräch mit VertreterInnen der Bamberger Gärtnerschaft

>>> DURCHBLICK NACH BERLIN >>>

Weiterbildung im Strafvollzug

Wie ich bei meinen zahlreichen Gefängnisbesuchen in Bayern und Berlin erfahren habe, ist eines der zentralen Probleme im Strafvollzug das geringe Bildungsniveau der meisten Strafgefangenen. Es hat direkte Konsequenzen für die Beschäftigungschancen der entlassenen Gefangenen. Sie haben unter dem Stigma der Gefängnisstrafe zu leiden. Je geringer qualifiziert sie sind, desto schwieriger ist es allerdings zusätzlich für sie, im ohnehin problematischen Arbeitsmarkt für nicht oder kaum qualifizierte Arbeitskräfte Fuß zu fassen. Damit ist die Gefahr von kriminellen „Rückfällen“ deutlich erhöht.

Im Umkehrschluss heißt das: Eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Wiedereingliederung von Strafgefangenen und ein künftiges straffreies Leben „draußen“ zu erleichtern, ist die Qualifizierung der Strafgefangenen während der

Haft. Die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen oder gar erst Rechnen, Schreiben und Lesen zu lernen ist ebenso wichtig wie die Möglichkeit, eine Berufsausbildung abzuschließen oder sich in Kursen beruflich weiterzubilden. Eines meiner politischen Ziele ist es, mich für die Qualifizierungschancen von Strafgefangenen und damit für einen wichtigen Bestandteil der Resozialisierungsarbeit im Strafvollzug einzusetzen.

Im Zuge der – nicht zuletzt auf politischen Druck hin erfolgten – Umstrukturierung der „Bundesagentur für Arbeit“ wurde seit dem letzten Jahr bei der Weiterbildungsförderung massiv gekürzt. Betroffen sind davon alle Arbeitslosen: Anspruch auf einen „Bildungsgutschein“ hat nur noch derjenige, bei dem eine „realistische Chance“ auf Beendigung der Arbeitslosigkeit durch die Weiterbildung be-

steht. Durch eine interne Vorgabe des Vorstands der Bundesagentur für das Jahr 2004 wurde bestimmt, dass nur noch Maßnahmen gefördert werden, bei denen nach einem halben Jahr 70 Prozent der AbsolventInnen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Wie man sich unschwer vorstellen kann, ist dieses Kriterium für Strafgefangene praktisch nicht zu erfüllen.

Um besser beurteilen zu

können, welche Auswirkungen die geänderte Förderpraxis der Bundesagentur im Strafvollzug konkret hat, habe ich mich von den Landesjustizbehörden in Bayern und Berlin informieren lassen.

Anstalten, in denen längere Haftstrafen vollzogen werden berichten von erheblichen Einbrüchen vor allem bei den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und von Problemen für „Langstrafer“, da diese nur mehr gegen Ende ihrer Haftzeit für Qualifizierungsmaßnahmen in Frage kämen.

Ich habe mich in Schreiben mehrmals an Florian Gers

te und auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Während bei Florian Gerszt überhaupt kein Entgegenkommen festzustellen war, zeigt Herr Weise immerhin Gesprächsbereitschaft: Ich werde mich im Februar nächsten Jahres mit ihm und seinem Fachreferenten in Berlin treffen und die Weiterbildungschancen von Strafgefangenen nochmals zum Thema machen.



Ursula Sowa (MdB)